Die Linksliberalen in den Jahren von 1981-1983 (Teil I):

Die Entfremdung zwischen Basis und Establishment

von Martin Budich und Thilo Schelling

Der Versuch, mit den Liberalen Demokraten einen, wie es Theo Schiller formulierte, "Quereinstieg in das deutsche Parteiengefüge zu unternehmen", ist gescheitert. Die Sammlung sozialliberaler FDP-Mitglieder und sozialliberaler Wähler hat keinen Erfolg gezeitigt. Ein Rückblick - auch hinter die Kulissen - auf das Wirken der Sozialliberalen in den vergangenen drei Jahren macht deutlich, wie sich aus einer fast aussichtslosen Lage aus dem linken Flügel der FDP ein relevanter Faktor entwickelte und wie diese Chance verspielt wurde.

Potentielle Kristallisationspunkte für eine linksliberale Struktur bildeten Ende der siebziger Jahre

- der Pool, eine ursprünglich von Martin Bangemann initiierte Bürogemeinschaft der linksliberalen Abgeordneten im Bundestag,
- der Sylter Kreis, ein nach dem Sylter Hof in Berlin, wo dieser Kreis zum ersten Mal tagte, benannter Gesprächskreis von sozialliberalen Abgeordneten und Vorstandsmitgliedern der Landes- und Bundesebene,
- das Baum-Ministerium
- das Büro von William Borm
- die Jungdemokraten und die von ihnen aufgebauten Bildungswerke.

Der **Pool** der linksliberalen Bundestagsabgeordneten hat nie funktioniert. Eifersüchteleien und persönliche Unzulänglichkeiten, wie sie im politischen Raum unter politischen Profis unvorstellbar zu sein scheinen, beherrschten hier eigentlich ständig die Situation.

Ein auch nur ansatzweise gemeinsames Handeln aller Beteiligten ergab sich höchstens dann, wenn die Parteirechten mit ihren Dreistigkeiten überzogen. Weder eigene Initiativen, noch ein Minimum an Koordination von Einzelaktivitäten konnte bewerkstelligt werden.

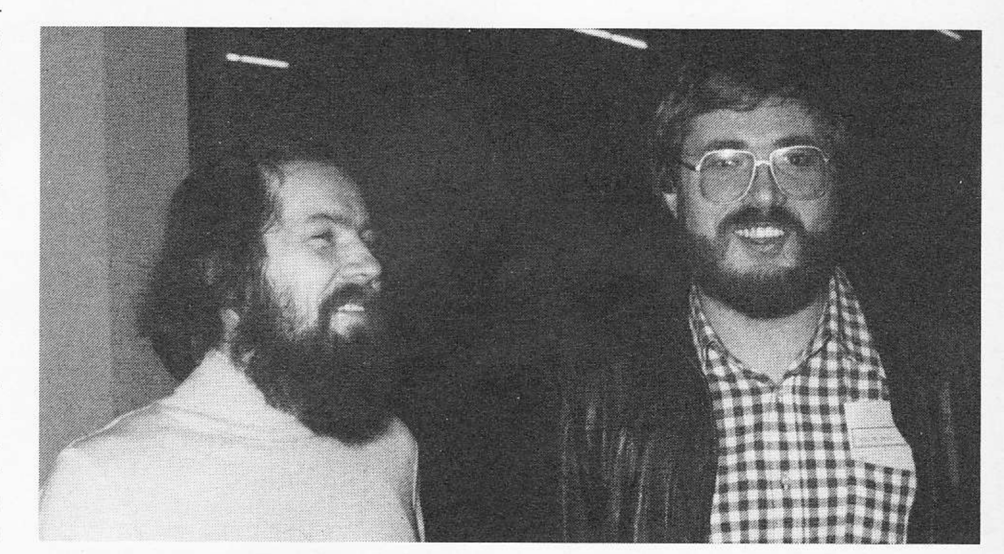
Der **Sylter Kreis**, ein von Theo Schiller und Helga Schuchardt eingeladener Kreis jener, die sich als Linksliberale fühlten, oder die dienstlich verpflichtet waren, teilzunehmen, um andernorts zu vermelden, was die Linksliberalen planten, degenerierte zum Veteranentreff. Ehemalige Jungdemokraten, längst ministrabel oder schon im Amt, diskutierten die große Linie oder versicherten sich ihrer Hausmacht. Insbesondere vor Parteitagen, auf denen Personalentscheidungen anstanden, erfreute sich dieser Kreis eines regen Besuches.

Das Baum-Ministerium bildete gelegentlich die Herberge für gemäßigte linksliberale Gespräche. Unter Ausschluß der Radikalen (Jungdemokraten und William Borm) lud der Innenminister Gäste aus der Fraktion und aus dem Bundesvorstand, um sich seine Führungsrolle bestätigen zu lassen. Die Gäste hatten in keiner Phase Einfluß auf sein Handeln. Ein enger Beraterstab und ihn hofierende Journalisten, die er mit Kabinettswissen versorgte, beeinflußten weitgehend sein Vorgehen.

Das Büro von **William Borm** bildete die einzige - wenn auch nur mit bescheidenen Mitteln ausgestattete - funktionierende Kommunikationszentrale der Linksliberalen. Mit der sich zuspitzenden Diskussion um den NATO–Beschluß kam William Borm nicht zuletzt auch durch seine Rolle als Vorsitzender des Bundesfachausschusses für Außenpolitik in die Rolle des Gegenparts zum Parteivorsitzenden Genscher.

Die **Jungdemokraten** hatten mit dem Bundesvorsitzenden - Wechsel von Hanspeter Knirsch zu Christoph Strässer an Einfluß in der FDP erheblich eingebüßt und ihren Arbeitsschwerpunkt in den außerinstitutionellen Bereich verlagert. Ihr Engagement im Friedensbereich (u. a. Mitinitiierung des Krefelder Appells) zwang sie in die direkte Auseinandersetzung mit Genscher. Ihr Stellenwert in Bündnissen hing u.a. auch davon ab, daß sie sich in der FDP nicht als irrelevante Randgruppe abdrängen ließen. Ihr verstärktes Engagement in der Partei traf mit einer Solidarisierung des übrigen linken Parteiflügels mit den Jungdemokraten zusammen: Viele erkannten die Auseinandersetzung mit den Julis sehr früh als Richtungskampf innerhalb der Partei.

Im Vorfeld des Kölner FDP-Bundesparteitages mußten die Jungdemokraten feststellen, daß es unter den führenden Linksliberalen nur William Borm gab, der ihre strikte Ablehnung des NATO-Beschlusses teilte. Noch wenige Wochen vor dem Parteitag konnte Genscher auf dem NRW-Landesparteitag in Münster feststellen, daß seine Position zum NATO–Beschluß in der FDP - im Gegensatz zu Schmidts Position in der SPD - völlig unbestritten sei. Nur die Jungdemokraten widersprachen. Sie starteten daraufhin eine Veranstaltungsoffensive an der Parteibasis. Gleichzeitig aktivierten sie den Personenkreis der gelegentlich von William Borm mit einem Rundbrief angeschrieben wurde. Dieser Adressenverteiler war im Zusammenhang mit dem Aufruf "für den liberalen Fortschritt" im Vorfeld des Mainzer Bundesparteitages (1978) entstanden. Diesem Adressatenkreis ging nun ein Aufruf der Jungdemokraten zu, der sich gegen den außen- und sicherheitspolitischen Kurs Genschers wandte. Unterstützt durch die öffentliche Diskussion und durch eine Reihe von friedenspolitischen Anträgen aus verschiedenen Parteigliederungen (u.a. auch vom Landesverband Schleswig - Holstein und vom Bundesfachausschuß Außenpolitik) zeigte diese Initiative Wirkung. Das Thema "Friedens- und Sicherheitspolitik' wurde nachträglich noch zum ersten Schwerpunkt des Parteitages auf die Tagesordnung gesetzt. Das erste Ziel, die Enttabuisierung der Genscher-Position war damit für die Jungdemokraten erreicht. Genscher ließ als Antwort einen Leitantrag erstellen.



Thilo Schelling und **Martin Budich** beschreiben das Versagen der Linksliberalen

Die Wochen vor dem Parteitag brachten heftige Auseinandersetzungen zwischen den Jungdemokraten und der sozialliberalen Basis auf der einen Seite und dem so-

zialliberalen Establishment auf der anderen Seite. Während den Jungdemokraten warnend vorgehalten wurde, mit einer 'Alles - oder - Nichts - Strategie' (den NATO - Beschluß also kategorisch abzulehnen) Genscher ins Messer zu laufen, weil er durch den vermeintlichen Abstimmungserfolg bestätigt würde, favorisierten die linksliberalen Abgeordneten einen Kurs, bei dem die Gleichsetzung beider Teile des Doppelbeschlusses verlangt wurde. Doch die Jungdemokraten mußten in dieser Frage auch den Konflikt mit den 'Nahestehern' riskieren, sie hätten ansonsten in ihrem außerparteilichen Spektrum ihre Glaubwürdigkeit verloren. Im übrigen gab es in den letzten Jahren kein Thema der Auseinandersetzung, bei dem die Jungdemokraten vergleichbar kompetent gegen Genscher auf seinem Fachgebiet antreten konnten. Ein Symptom für Genschers argumentative Schwäche war z. B., daß die Broschüre, die die Position der Bundesregierung zur "Nachrüstung" erklären sollte, drei Mal zurückgezogen werden mußte, um durch bessere Argumente ersetzt zu werden.

Am Vorabend des Parteitages organisierten die Jungdemokraten ein Hearing mit prominenten Friedensforschern. Zielgruppe dieser Veranstaltung waren die sozialliberalen FDP-Bundestagsabgeordneten, die sich gern der Entscheidung über den NATO-Beschluß mit der Begründung entzogen, sie hätten gegenüber Genscher in dessen Ressort "inhaltlich nichts entgegenzusetzen".

Der zentral gelegene Ort Köln ermöglichte es den Jungdemokraten, ca. 150 Gäste für den Parteitag zu mobilisieren, die mit großem Beifall die Genscher — Kritiker feierten. Schon in der allgemeinen Aussprache zu Beginn des Parteitages, bot Genschers autoritäres Eingreifen für einen von der FDP geduldeten CDU-Minderheitssenat in Berlin reichlich Zündstoff.

Durch einen Regiefehler der Parteitagsorganisation hatten sich die Gäste zwischen die Delegierten plazieren können, so daß bei der Debatte um die Mittelstreckenraketen der Eindruck entstand, als sei die Hälfte des Parteitages gegen den Genscher-Kurs. Genscher drohte daraufhin mit Rücktritt und zog damit zu einem Zeitpunkt die "Notbremse", als seine Kritiker noch gar nicht in der Vorhand waren. Diese Maßnahme bewirkte eher einen Solidarisierungsprozeß gegen Genscher und seinen "Erpressungsstil".

Mehr als 30 Prozent der Delegierten lehnten schließlich jegliche Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik ab, 40 Prozent sprachen sich gegen die geplanten landgestützten Raketen aus. Damit war Genscher in einer sein Minister-Ressort betreffenden Frage in seiner Partei äußerst umstritten geworden.

Das Abstimmungsergebnis bewirkte bei der linksliberalen Basis eine euphorische Stimmung. Die Medienreaktion war eindeutig: eine Niederlage für Genscher.

Den linksliberalen Repräsentanten wurde noch während des Parteitages klar, daß sie ihre Führungsrolle für den linken Parteiflügel zumindestens teilweise eingebüßt hatten. Bei den anderen Parteitagsschwerpunkten 'Umwelt' und 'Drogen' versuchten einige, wie Ingrid Matthäus-Maier, durch sehr engagierte Beiträge wieder Boden gutzumachen, während sich Gerhart Baum mit seinen Positionen zum Umweltpapier und seiner starren Haltung gegen eine Entkriminalisierung von Haschkonsum völlig von seiner sozialliberalen Basis entfernte.

Die Jungdemokraten, insbeondere der Landesverband NRW, der an der Vorbereitung des Kölner Parteitages entscheidend beteiligt war, versuchten ihrer neuen Rolle als akzeptierte Koordinationsstelle des linken Flügels gerecht zu werden. Ihr stärkeres Engagement in der Partei und ihr Bemühen um Anerkennung auf dem linken Flügel resultierte zum großen Teil auch aus der Konkurrenzsituation zu den vom rechten Parteiflügel mit viel Unterstützung geförderten Julis.

Freiburger Thesen: Geburtstag vergessen

Doch außer ein paar Rundschreiben an den mittlerweile auf 2000 Personen angewachsenen bereits erwähnten Verteiler, gelang keine effektive Koordination des linken Parteiflügels. Der Beschluß des Bundeshauptausschusses der Jungdemokraten zum 10. Geburtstag der Freiburger Thesen einen Kongreß zu organisieren wurde z. B. nicht realisiert.

Die Entfremdung zwischen linksliberaler Basis und Establishment verschärfte sich in den folgenden Monaten. Während die Bonner Prominenz versuchte, "sich mit Genscher zu arrangieren, um Lambsdorff am Koalitionswechsel zu hindern", schlug die Stimmung an der Basis immer stärker gegen Genscher um. Viele merkten, daß er sich nicht mehr positiv zur sozialliberalen Koalition äußerte und die Julis im Stellvertreterkrieg gegen die Jungdemokraten unterstützte.

Die linksliberalen Abgeordneten wurden schließlich vom 'Sommertheater' völlig überspielt. Lambsdorff und Genscher probten den Koalitionswechsel und trafen auf weniger Widerstand, als sie erwartet hatten. Nur Mischnick hinderte sie letztlich an ihrem Putschversuch.

Der eilends zusammengetrommelte 'Sylter Kreis' trat zusammen, als gerade alles entschieden war. Allerdings war man entschlossen, sich nun besser gegen die Pläne der Rechten zu wappnen. Doch statt diese Frage als rein innerparteiliche Machtfrage zu erkennen und hierauf vorallem organisatorische Antworten zu geben, entschloß sich der Kreis, inhaltliche Papiere zu entwickeln. Hieraus sollte hervorgehen, daß eine restriktive Haushaltspolitik mit der SPD erfolgreicher zu bewerkstelligen sei als mit der Union.

Von diesem Punkt an gab es zwischen den Jungdemokraten und ihren bisherigen Ansprechpartnern in der Bundestagsfraktion inhaltlich in den entscheidenden Bereichen Außenpolitik und Wirtschaftspolitik kaum noch Gemeinsamkeiten. Die 'Linken' in der Fraktion standen in diesen Frage inhaltlich näher bei Genscher und Lanbsdorff als bei ihrer sozialliberalen Parteibasis. Der Konsens beschränkte zu diesem Zeitpunkt fast nur noch auf die Koalitionspräfenrenz.

Der Zustand der Linksliberalen in der FDP erreichte seinen Tiefpunkt. Genschers 'Wendebrief' trieb den ersten grösseren Schwung von Linksliberalen aus der Partei.

Die Situation des sozialliberalen Flügels schien hoffnungslos. Die Parteiapparate waren fest in der Hand der Rechten. Die Parteimedien wurden wesentlich kontrolliert. Verheugen als Generalsekretär und Wolfgang Heinz als Herausgeber von 'liberal' bewiesen mitunter etwas Zivilcourage und erinnerten an die Wahlaussage und an das Programm der FDP, doch das öffentliche Bild der Partei wurde von Genscher und Lambsdorff bestimmt. Vor den Fernsehkameras definierten sie den Rechtskurs der Partei, der dann in den Gremien nur noch abgesegnet wurde.

Im Herbst 1981 traf sich in Bonn eine vierköpfige Gruppe (drei MdB Assistenten aus dem Pool und der DJD Landesvorsitzenden NRW), um Widerstand gegen den sich immer deutlicher abzeichnenden Koalitionsbruch zu organisieren. Hierzu sollte zunächst ein Kongreß auf die Beine gestellt werden, der vorallem

- die linksliberale Basis in der FDP aus der Resignation reißt und Motivation erzeugt,
- den Rechten in der FDP das 'Drohpo-



Helga Schuchardt hatte nichts zu verlieren

tential' gegen einen Koalitionswechsel deutlich macht,

– sozialliberale inhaltliche Aussagen (Identität) erarbeitet, um die Koalition zu stützen.

Als weiteres, quasi als Nebenziel, wurde angestrebt, eine neue Führungsfigur für den linksliberalen Flügel durchzusetzen. Doch dieses Problem schien kaum lösbar. Die Fraktionsmitglieder waren auf keinen 'Anti-Nachrüstungskurs' zu bewegen, alle anderen in Frage kommenden Persönlichkeiten hatten medienmäßig wenig Chancen beachtet zu werden. Eine Zeitlang wurde überlegt, ob versucht werden sollte den SPIEGEL-Herausgeber Rudolf Augstein für eine solche Funktion zu gewinnen. Doch seine wiederholt erwiesene Undiszipliniertheit bildete dann den Hauptgrund, diese Idee wieder fallen zu lassen.

Die Gruppe verständigte sich dann schnell darauf, daß es keine Alternative zu Helga Schuchardt und Theo Schiller gab. Bei beiden war man sich vorallem sicher, daß sie sich nicht dem zu erwartendem Druck der Parteiführung beugen würden. Helga Schuchardt wußte, daß sie nachdem die Malerinnung ihren Landesverband Hamburg gekippt hatte, nichts mehr zu verlieren hatte. Sie hatte sich auch in den vorangegangenen Wochen am mutigsten in der Öffentlichkeit gegen den Kurs der Parteiführung gewandt.

Theo Schiller vertrat in allen wichtigen Fragen die gleichen Positionen wie die sozialliberale Basis und wurde darüberhinaus bis in die Mitte der Partei hinein akzeptiert. Fraglich war allerdings, inwieweit sein gutes Image unter Bonner Journalisten wieder aktiviert werden konnte.

Für Helga Schuchardt und Theo Schiller als herausragende Persönlichkeiten des Kongresses sprach auch, daß ihre Funktion als Einlader des Sylter Kreises linksliberalen Eifersüchteleien entgegengehalten werden konnte.

Für die Organisatoren des dann für Ende Februar 1982 in Köln geplanten Kongresses stand allerdings fest, daß der Sylter Kreis, der Pool, der Generalsekretär und der Innenminister mit seinem Staatssekretär erst dann über die Planungen informiert werden sollten, wenn die Planungen abgeschlossen waren. Die Devise lautete: Den Zug in Bewegung setzen, so daß die Herrschaften nur aufspringen oder am Bahnsteig zurückbleiben konnten. Doch durch eine Panne kamen die Planungen dann doch früher an die Öffentlichkeit als geplant.

Fortsetzung folgt

Die Linksliberalen in den Jahren von 1981–1983 (Teil II)

Der Kölner Kongreß – Fight hinter den Kulissen

von Martin Budich und Thilo Schelling

Im ersten Teil der Beschreibung der Entwicklung der Linksliberalen in der Zeit zwischen 1981 und 1983 machten die Autoren deutlich, wie unkoordiniert der linke Flügel der FDP agierte. In der Nachrüstungsfrage kam es zum offenen Bruch zwischen sozialliberalem Establishment und linksliberaler Parteibasis. Auf dem Kölner FDP-Bundesparteitag stimmten 1981 vierzig Prozent der Delegierten in dieser Frage gegen den Genscherkurs, den jedoch die sozialliberalen Abgeordneten weiter stützten. Genschers Wendebrief und der im Sommertheater 1981 versuchte Koalitionsbruch erlebten keine handlungsfähige Opposition. Im Herbst 1981 fand sich eine Gruppe aus Jungdemokraten und Abgeordneten-Assistenten, die einen Kongreß planten, der Motivation und Handlungsfähigkeit auf dem linken FDP-Flügel erzeugen sollte. Die Hintergründe dieses „Kölner Kongresses" stehen im Mittelpunkt dieser Fortsetzung.

Zur Mobilisierung von Teilnehmern für diesen Kongreß wird ein Brief an etwa fünfzig regionale linksliberale Multiplikatoren verschickt. Sie werden gebeten, einen Einleitungstext für die Einladung des Kongresses mit ihrer Unterschrift zu unterstützen. Absender des Briefes sind William Borm und die Jungdemokratenvorsitzenden seit Theo Schiller (Knirsch, Strässer, Lutz). Damit soll an die Tradition des Aufrufs für den liberalen Fortschritt (siehe erste Folge) erinnert werden. Von den Abgeordneten wird nur Helga Schuchardt informiert, aber auch sie wird nicht beteiligt. Die Organisatoren befürchten, daß die Abgeordneten einem zu erwartenden Druck der Parteiführung nachgeben und versuchen würden, die Funktion des Kongresses zu gefährden. Der Einleitungstext und die Unterstützungsunterschriften sind später nicht verwandt worden, weil die Mobilisierung durch die Medien bereits ausreichend lief.

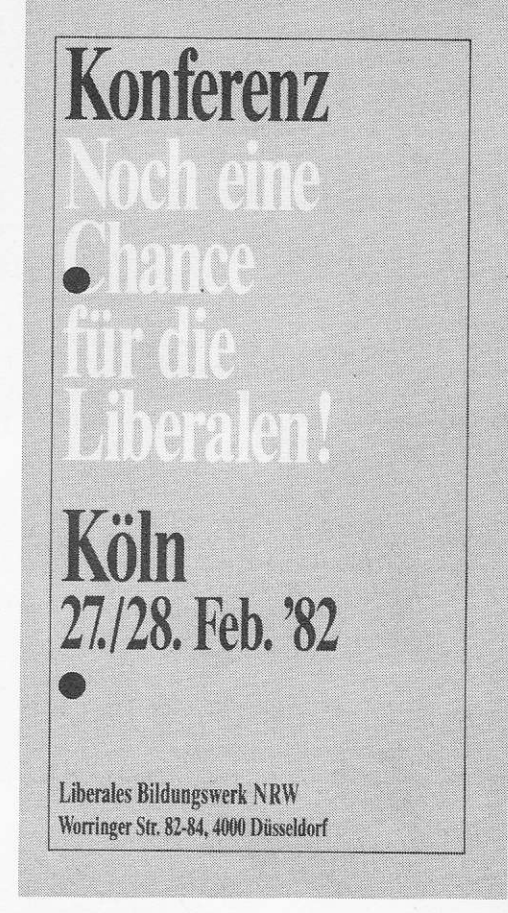
Auf einer Sitzung des Sylter Kreises Ende 1981 sollte dann über den Kongreß informiert werden. Doch die Sitzung, an der zum ersten Mal seit geraumer Zeit die gesamte Prominenz (Baum, Schoeler usw.) teilnahm, endet im Chaos. Der uneingeladen anwesende, stark alkoholisierte Bundesgeschäftsführer der FDP, Fliszar, zerstört jegliche Diskussion. Der desolate Zustand des linken FDP-Flügels wird förmlich vorgeführt.

Der Jungdemokraten-Vorsitzende **Werner Lutz** war einer der Organisatoren des Kongresses.

Durch ein Versehen kommt die Mobilisierung für den Kongreß dann besser in Gang, als es die Organisatoren erhofft haben. Einer von ihnen benutzt die Rückseite des erwähnten Textentwurfes als Notizzettel und läßt ihn in einem Intercity liegen. Das Papier gelangt von dort in die Bonner Fraktionsführung. Klaus Gärtner recherchiert und stellt fest, daß seine Abgeordnetenkollegen an diesen Planungen nicht beteiligt sind.

Einige Bonner Journalisten erhalten Kopien des Textes und produzieren Meldungen über einen geplanten ‚Spalter-' Kongreß. Ganz offensichtlich sind diese Berichte mit dem rechten Parteiflügel abgestimmt. Die linksliberale Basis reagiert allerdings nicht verschüchtert, sondern begeistert. Die Anfragen bei den Organisatoren zeigen schon bald sehr deutlich, daß es keine Mobilisierungsprobleme geben wird.

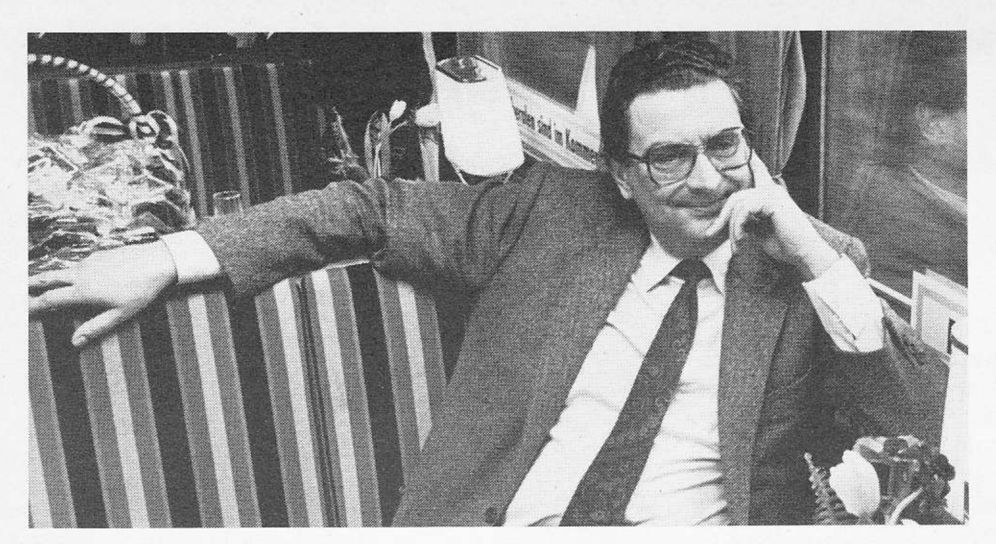
Die anderen Befürchtungen der Organisatoren bewahrheiten sich hingegen. Die Abgeordneten des Pools treffen sich und beauftragen Helga Schuchardt, für eine terminliche Verschiebung des für Ende Februar geplanten Kongresses zu sorgen. Aus der Sitzung heraus muß sie mit den Organisatoren telefonieren. Ingrid Matthäus habe Bezirksparteitag, die Baden-Württemberger gar Landesparteitag an dem geplanten Wochenende. Doch die Organisatoren bleiben stur. Zum einen wissen sie von der Strategie der Parteiführung, auf eine Verlegung und Entschärfung des Kongresses zu drängen, zum anderen brauchen die Jungdemokraten noch vor ihrer Bundesdelegiertenkonferenz Anfang März einen Erfolg im linksliberalen Bereich. Der Landesverband Hamburg hat bereits die Trennung von



Die Kongreßeinladung wurde in Anlehnung an das Flach-Buch „Noch eine Chance für die Liberalen" gestaltet.

der FDP beschlossen.

Schließlich schaltet sich der Generalsekretär Günter Verheugen ein. Auch er drängt bei den sozialliberalen Abgeordneten auf eine Verschiebung und erfährt von ihrem erfolglosen Bemühen. Die Autoren dieses Beitrags werden zu einem Gespräch geladen und erneut zu einer Terminverlegung gedrängt. Die bevorstehende Landtagswahl in Niedersachsen liefert die Begründung. Doch der Termin bleibt. Überraschend bietet Verheugen dann seine Teilnahme an dem Kongreß an. Seine einzige Bedingung: das Motto „Zeit zur Umkehr – Noch eine Chance für die Liberalen" müsse geändert werden. Die Assoziation von Wende und Umkehr sei deutlich gegen Genscher gerichtet. Das könne er als Generalsekretär nicht mitmachen. Ferner verspricht er, Ronneburger als Referenten und Baum als Teilnehmer des Kongresses zu gewinnen. Verheugens Gesprächspartner willigen in den Handel ein. Sie wissen nicht, daß Verheugen und Ronneburger den Kongreß instrumentalisieren wollen, um den Unmut zu kanalisieren, der sich in Schleswig-Hol-





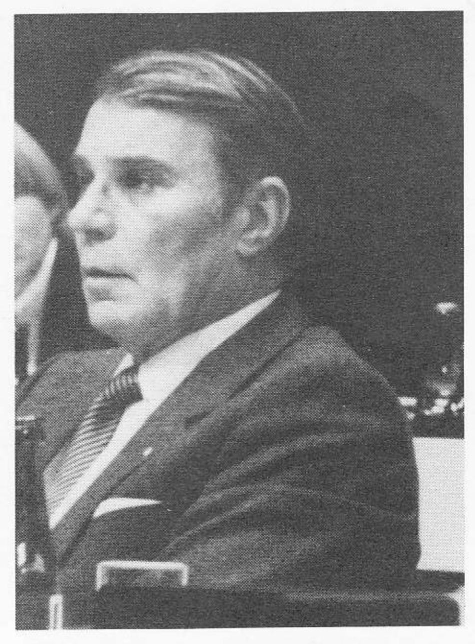
Gerhart **Baum** (links) versuchte vergebens, den Kongreß umzufunktionieren; die Canaler-Riege um **Richard Wurbs** (Mitte) warf **Hans-Dietrich Genscher** (rechts) massive Führungsschwäche vor, der daraufhin die Kongreß-Initiatoren zum Gespräch ins Dehler-Haus lud.

stein artikuliert. Dort wurde im Landesvorstand diskutiert, wie ein außerordentlicher Bundesparteitag durchgesetzt werden könne, um Genscher/Lamdsdorff am Koalitionsbruch zu hindern.

Eine Konsequenz dieses Gespräches ist, sich noch deutlicher mit der Konferenz auf Karl Hermann Flach zu berufen und sich in die Tradition der Freiburger Thesen zu stellen. Der Buchtitel der ‚kleinen grünen liberalen Bibel' von Flach, „Noch eine Chance für die Liberalen", wird mit einem kämpferischen Ausrufezeichen versehen und zum Motto der Konferenz erklärt. Die Gestaltung des Titelbildes wird zum Vorbild für das Veranstaltungsplakat und die Einladung.

Die Zusage Ronneburgers und Verheugens ändert die Einstellung der sozialliberalen Abgeordneten. Jetzt stellen sie sich voll hinter den Kongreß. Als Kritik von Seiten der Wurbs-Canaler-Riege an dem geplanten Treffen laut wird, fertigen die Organisatoren eine Presseerklärung, die sich nichtssagend zur Rede- und Denkfreiheit in der FDP äußert und u.a. eine Konferenz, wie sie in Köln geplant sei, für geeignet für Denkanstöße hält. Sechzehn Abgeordnete unterzeichnen die Erklärung. Die Journalisten werten dies – wie von den Initiatoren beabsichtigt – als Unterstützung für die Kölner Konferenz. Damit hat die Konferenz endgültig die Publizität erreicht, die für einen Erfolg notwendig schien.

Das Programm der Konferenz sieht nun folgenden Ablauf vor: Christoph Strässer soll in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Liberalen Bildungswerkes, dem Veranstalter des Kongresses, die Begrüßung vornehmen. Im Innenverhältnis unter den Linksliberalen soll damit die Bedeutung der Jungdemokraten beim Zustandekommen dieses Treffens verdeutlicht werden. Mit dem Einführungsreferat



soll Theo Schiller die inhaltliche Gegenposition zum Wirtschaftsliberalismus à la Lambsdorff aufzeigen. In einer Diskussion mit Sozialliberalen aus anderen europäischen Ländern soll einerseits erfolgreiche linksliberale Politik, aber auch die Spaltung des Liberalismus in anderen Ländern als Gefahr für die Bundesrepublik aufgezeigt werden. An dieser Diskussion soll sich Verheugen beteiligen und ein Einführungsreferat halten. Für den Abend ist ein Expertengespräch unter Leitung von Heiner Bremer zum Thema Friedenspolitik geplant. Dieses Thema ist seit dem Kölner Bundesparteitag der FDP im Vorjahr Genschers innerparteilicher Schwachpunkt.

Die Einleitung dieser Diskussion hat sich William Borm vorbehalten. Er ist sehr mißtrauisch, inwieweit durch die Teilnahme von Verheugen und Ronneburger die Konferenz umfunktioniert würde. Er will die Möglichkeit behalten, auf Verheugen zu reagieren.

Von Seiten der Abgeordneten wird zu diesem Zeitpunkt bereits heftig gegen Borm polemisiert. Seine konsequente Ablehnung des Natobeschlusses zu den Mittelstreckenraketen wird quasi als ein Problem des Altersstarrsins belächelt.

Die Organisatoren wehren den Versuch ab, ihn aus dem Programm zu streichen. Die Abgeordneten müssen dabei feststellen, daß sie nur Gäste der Konferenz sind, auf die Organisation jedoch keinen direkten Einfluß besitzen.

Das Sonntagsprogramm der Konferenz sieht Arbeitskreise zu den Themen ‚Wirtschaft', ‚Umwelt', ‚Grundrechte', ‚Deutschlandpolitik' und ‚Frauen' vor. Den Abschluß soll eine kämpferische und mobilisierende Rede von Helga Schuchardt bilden.

Bewußt ausgespart ist in der Planung des Ablaufs eine allgemeine Strategiedebatte oder eine generelle Aussprache. Dies würde bei den zu erwartenden Teilnehmern unweigerlich zu einem Genscher/Lambsdorff-Tribunal führen mit der sicheren Folge, daß die sozialliberale Prominenz sich zu Distanzierungen gezwungen sehen würde.

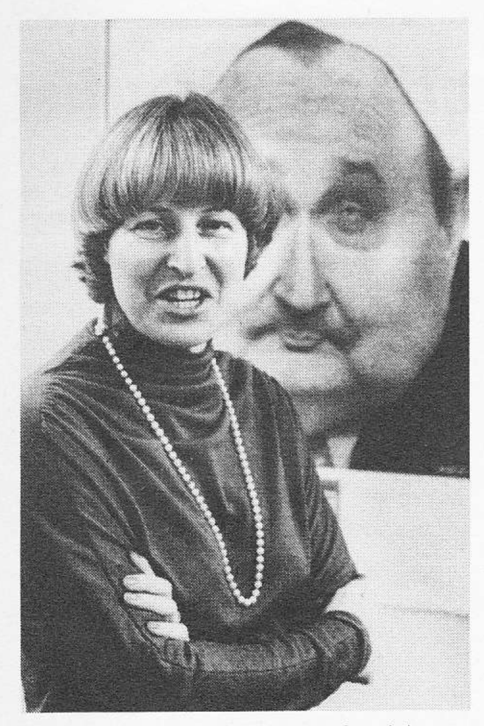
Die technische Vorbereitung der Konferenz übernahmen die nordrhein-westfälischen Jungdemokraten. Ziel ist es, den Kongreß so perfekt zu organisieren, daß im Innenverhältnis die Teilnehmer zusätzlich motiviert, sozusagen mit Selbstvertrauen in die eigene Stärke ausgestattet werden, während auch nach außen der Eindruck entsteht, der linksliberale Parteiflügel habe auch organisatorisch den Rechten etwas entgegenzusetzen. Gleichzeitig muß deshalb Einfluß und Bedeutung der Jungdemokraten verborgen bleiben, weil dies unweigerlich zu Diffamierungen der Rechtspresse und des rechten Parteiflügels führen würde.

Genscher fährt in Bezug auf das Treffen die Strategie des öffentlichen Totschweigens. Innerparteilich gibt er als Argumentation gegen die Konferenz die

Devise aus, es sei undemokratisch und feige, Kritik nicht in den dazu vorgesehenen Gremien vorzubringen, und stattdessen mit einem Treffen, zu dem nur die Linken eingeladen seien, gegen die gewählte Parteiführung zu polemisieren.

Als das Totschweigen nichts fruchtet und sich 600 Teilnehmer und mehr als fünfzig Pressevertreter zu der Konferenz angemeldet haben, lädt Genscher die Verantwortlichen am Vortag der Konferenz zu einem Gespräch ins Dehler-Haus. Offensichtlich ist die Kritik des rechten Parteiflügels zu laut geworden, die damals Genscher massiv Führungsschwäche vorwirft. Er braucht das Gespräch, um innerparteilich seine Führungsrolle abzusichern.

Genscher hat in dem Gespräch übrigens noch nicht ganz Platz genommen, da greift er schon Borm an. Sehr persönlich und polemisch spricht er ihm jegliche Kompetenz in sicherheitspolitischen Fragen ab. Nach einer Erwiderung Borms versichern sich die Teilnehmer, daß sie nur das Beste für die Partei im Sinn hätten. Genscher erklärt, daß er mit allen Mitteln die sozialliberale Koalition erhalten wolle. Der persönliche Eindruck der Autoren: Schuchardt und Schiller glauben damals noch an die Redlichkeit von Genscher und seinen Aussagen.



Helga Schuchardt rief dazu auf, „viele Kölns zu schaffen".

Die Konferenz am nächsten Tag bestätigt Erwartungen und Befürchtungen. Die für die Teilnehmer unerwartet perfekte Organisation – fast alle haben mit einem mehr oder weniger großen Chaos angesichts der völlig überfüllten Fachhochschule gerechnet – sorgt von Anfang an für eine positive Stimmung. Hinter den Kulissen tobt der offene Fight. Verheugen und Baum verlangen eine Programmänderung: Baum solle Raum für eine zusätzliche Rede erhalten.

Doch die Organisatoren sind auf diesen Versuch der Parteispitze, die Konferenz zu vereinnahmen, vorbereitet. Die Gesprächspartner von Baum und Verheugen erklären nacheinander, sie könnten allein keine Programmänderungen entscheiden. Nach einer halben Stunde wird ihnen eröffnet, daß ein nötiger Konsens über eine solche Änderung unter den Verantwortlichen nicht herstellbar sei. Baum könne gern in die allgemeine Diskussion eingreifen.

Nach dem sehr anspruchsvollen Referat von Schiller, das begeistert aufgenommen wird, stürzt Verheugen an das Rednerpult und hält gegen alle Absprachen ein vierzigminütiges Referat. Verabredet war eine kurze Einführung in die Podiumsdiskussion. Dieser Vorstoß, die Konferenz zu kippen, wird zu einer Demütigung für Verheugen. Die Zuhörer wechseln bei seinen Redepassagen derartig durchdacht mit Beifall und Mißfallenskundgebungen, daß die Konferenz schließlich seine Rede umfunktioniert. Mit Hilfe seiner Worte bzw. der Reaktion darauf wird deutlich, was die Anwesenden über die Parteiführung denken. Die Organisatoren hatten sich frühzeitig Verheugens Redemanuskript beschafft und sorgen an verschiedenen Stellen mit gezielten – spontan wirkenden – Zwischenrufen dafür, daß die vorhandene Stimmung gesteigert wird.



Blick ins Plenum: Der Kongreß motivierte die linksliberale Basis

Verärgert beteiligt sich Verheugen nicht mehr an der Podiumsdiskussion mit den ausländischen Gästen

Zum emotionalen Höhepunkt der Konferenz gestaltet sich dann der Redebeitrag von William Borm. Ihm werden minutenlang Ovationen bereitet.

Nach einer Auseinandersetzung im Plenum wird dann für Sonntagmittag eine Plenumsdiskussion zur allgemeinen Lage in das Programm eingefügt. Die Organisatoren leisten hiergegen nur verhalten Widerstand. Zwar würde nun der zu erwartende Tribunaleffekt eintreten, doch könne man ihn als nicht zu bändigenden, spontanen Unmut der Teilnehmer und nicht als Meinung der Veranstalter interpretieren.

Hinter den Kulissen wird während des gesamten Wochenendes mit Helga Schuchardt über die Formulierung ihrer Abschlußrede verhandelt. Es war vereinbart worden, daß die Rede mit einem Appell endet, der unter den Verantwortlichen abgestimmt wird. Doch trotz massiven Drucks ist Helga Schuchardt nicht bereit, eine klare Aussage gegen die geplanten Mittelstreckenraketen aufzunehmen. Den Kompromiß stellt dann eine Formulierung dar, in der sie die Kritik in der Partei quasi referiert, aber eben nicht teilt. Die Rede wird mit ihrem Aufruf ‚Schafft viele Kölns!. von den Medien als Kampfansage des linken Parteiflügels an den Genscherkurs aufgenommen.

Die Sozialliberalen haben mit dieser Konferenz in der Öffentlichkeit erheblich an Gewicht gewonnen. Doch auch die Parteirechte nimmt diese Auseinandersetzung an. Gerhart Baum wird in seinem Kreis- und Bezirksverband Köln nicht mehr zum Delegierten gewählt. Auch die Rechten formulieren daraufhin polemisch ihr Motto: Schafft viele Kölns!

Die sozialliberale Prominenz läßt sich einschüchtern. Zu der Bundesdeligiertenkonferenz der Jungdemokraten vierzehn Tage nach der Kölner Konferenz traut sich außer William Borm niemand mehr. Sonntags erscheint dann Ingrid Matthäus-Maier und formuliert mediengerecht – die Forderung der Jungdemokraten, Lambsdorff solle zurücktreten, zurückweisend – die Jungdemokraten seien nicht mehr ernst zu nehmen.

Der Erfolg von Köln, das ist nun klar, muß ohne Prominenz – eventuell gegen sie genutzt werden.

Fortsetzung folgt.

Die Linksliberalen in den Jahren 1981–1983 (Teil III)

Das Ende kam völlig anders als gedacht

von Martin Budich und Thilo Schelling

In den beiden ersten Folgen schilderten die Autoren den desolaten Zustand der Linksliberalen in der FDP sowie den gelungenen Versuch, mit einem Kongreß, der im Februar 1982 in Köln abgehalten wurde, unter den Linksliberalen wieder Motivation zur Weiterarbeit zu erzeugen und sie nach außen als handlungsfähigen Teil der FDP darzustellen.

Die Jungdemokraten-Bundeskonferenz eine Woche nach dem Kölner Kongreß zeigte, daß der mit diesem Treffen erzeugte öffentliche Eindruck eines handlungsfähigen linken Flügels täuschte. Der sozialliberale Teil der Parteiführung lehnte es erstmals seit mehreren Jahren ge-



Ingrid Matthäus: Kritik der Kritik

schlossen ab, die DJD-Konferenz zu besuchen. Baum und Verheugen begründeten dies auch ganz offen mit dem Druck, den sie seit der Kölner Konferenz durch die übrige Parteiführung zu spüren bekamen. Ingrid Matthäus-Maier nutzte schließlich die entstandene Lücke, um den Jungdemokraten in der Öffentlichkeit zu bescheinigen, daß sie durch ihre ständige Kritik an der Parteiführung irrelevant geworden seien.

Die Jungdemokraten beschlossen auf dieser Konferenz, an ihrer bisherigen Strategie festzuhalten und nicht dem Beispiel der Hamburger Jungdemokraten zu folgen, die sich bereits von der FDP getrennt



Wolfgang Mischnick verkaufte die CDU-Koalitionsaussage als Stützung der sozialliberalen Koalition

hatten. Sie intensivierten weiterhin ihre Arbeit in der Partei, um in der FDP eine Koalition all der Kräfte zu organisieren, die das sozialliberale Bündnis in Bonn erhalten wollten.

Sie dokumentierten wiederholt die Parteitagsbeschlüsse und Wahlaussagen aus dem Jahr 1980, in denen sich die FDP zu einer Koalition mit der SPD verpflichtet hatte. Die Jungdemokraten erkannten, daß es immer schwieriger wurde, eine inhaltlich motivierte Mehrheit in der FDP für die sozialliberale Koalition zu finden. In der Frage der Glaubwürdigkeit der Partei und der Verbindlichkeit von Wahlversprechen ließ sich allerdings eine Mehrheit gegen den Lambsdorff-Kurs organisieren.

Nach der Wahlniederlage der FDP bei der Hamburger Bürgerschaftswahl (die FDP war damit zum ersten Mal für einen längeren Zeitraum als eine Wahlperiode aus einem Landesparlament hinausgewählt worden) gelang es, auch die Führungsfrage in der FDP zu enttabuisieren. Eine Initiative des FDP-Ortsverbandes Berlin-Steglitz forderte, von vielen FDP-Mitgliedern in der ganzen Republik unterstützt, den Rücktritt Genschers.
Inhaltlich verschoben sich die Gewichte innerhalb der FDP allerdings immer mehr nach rechts. Die Sozialliberalen wußten damals nicht, wie gut organisiert und von



Hans-Dietrich Genscher führte deren Zerrüttung vor

Flick fürstlich bzw. gräflich honoriert diese Umstrukturierung betrieben wurde. Augenscheinlich war nur, daß Genscher und Lambsdorff in den Medien die Zerrüttung der sozialliberalen Koalition vorführten. Sie definierten – von den sozialliberalen Abgeordneten nahezu ungestört – in der Öffentlichkeit das Image der FDP und bewirkten damit, daß sozialliberale Mitglieder resignierten und konservative neue Mitglieder in die Partei kamen. Die Partei wurde damit faktisch von oben umstrukturiert.

Die neuen Mehrheiten in der FDP kamen auf einer Reihe von Landesparteitagen im Frühjahr 1982 zum Tragen. In mehreren Landesverbänden wurden die Jungdemokratenvertreter nicht mehr auf die satzungsmäßig vorgesehenen Vorstandsplätze gewählt und durch Julis ersetzt. Der hessische Landesparteitag im Juni 1982 bildet den Höhepunkt in dieser Reihe. Er verabschiedete mit einer deutlichen Mehrheit eine Koalitionsaussage in Richtung CDU. Die FDP erklärte sich damit bereit, mit Dregger den wohl illiberalsten CDU-Kandidaten für ein Ministerpräsidentenamt, der auch nur vorstellbar war, zu unterstützen. Mischnick brachte



Otto Graf Lambsdorff: Hessenwahl als Testlauf

es fertig, dies als eine Maßnahme zur Stützung der sozialliberalen Koalition in Bonn zu verkaufen.

Eine weitere Austrittswelle ging durch die FDP. Auf Theo Schillers Anregung hin wurden deshalb Liberale Vereinigungen gegründet, die Sozialliberale innerhalb und außerhalb der FDP zusammenhalten sollten. Die Strategie der Jungdemokraten und der Initiatoren des Kölner Kongresses war es, möglichst alle Sozialliberalen in der FDP zu halten, gleichzeitig aber mit den Ausgetretenen in Kontakt zu bleiben, um nach einer eventuellen Spaltung der FDP nicht auf dieses Potential verzichten zu müssen.

Vorrangig sollte versucht werden, Genscher den Weg zur Aufkündigung der Koalition zu versperren. Das Vorhaben, mit einer Serie von Nachfolgekonferenzen des Kölner Treffens den Widerstand gegen den Koalitionswechsel zu organisieren, war gescheitert. Eine Konferenz in Frankfurt im Vorfeld des hessischen Landesparteitages hatte nicht die erforderliche Resonanz gefunden.

Lambsdorff hatte in der Zwischenzeit die Entscheidung des hessischen Landesparteitages entgegen dem Versprechen von Mischnick uminterpretiert und die Landtagswahl zur Testentscheidung für einen Koalitionswechsel in Bonn erklärt.

Eine Aufkündigung der Koalition konnte damit, so die Überlegungen der Linksliberalen, nicht vor der hessischen Landtagswahl erfolgen. Auch der Zeitraum danach war für Genscher und Lambsdorff schwierig. Unmittelbar vor oder nach dem für November vorgesehenen Bundesparteitag ließ es sich kaum rechtfertigen, einen Koalitionsbruch durchzuziehen, ohne diese Entscheidung den Bundesparteitagsdelegierten zu überlassen. Die Jungdemokraten und die Initiatoren des Kölner Kongresses konzentrierten sich deshalb auf die Vorbereitung dieses Parteitages.

Neben dem Aufbau einer Oppositionsstruktur mit den Liberalen Vereinigungen sollte auch eine Kommunikationsstruktur geschaffen werden. Die seit Jahren immer wieder diskutierten Pläne für eine linksliberale Zeitschrift wurden wieder aufgegriffen. Doch niemand wollte so recht die Verantwortung für dieses auch finanziell nicht unriskante Unternehmen tragen. Erst als durch eine Indiskretion dieses Projekt im SPIEGEL angekündigt wurde und die Jungdemokraten die finanzielle Absicherung des Projektes garantierten, gelang es – dann allerdings recht schnell – ein ansehliches Spektrum von Herausgebern zu finden: Die Aufrufer des Kölner Kongresses Borm, Knirsch, Lutz, Schiller und Strässer; die FDP-Bundesvorstandsmitglieder Enderlein, Koppelin, Lüder und Meyer sowie die Abgeordneten Engel, Hölscher und Schuchardt erklärten ihre Bereitschaft zur Mitarbeit. Unmittelbar vor Drucklegung der ersten Ausgabe sagte auch noch Ingrid Matthäus-Maier ihre Unterstützung zu, obwohl sie dem Projekt sehr skeptisch gegenüberstand.

Das Erscheinen der ersten Ausgabe fand in den Medien eine beachtliche Resonanz und sorgte unter den Linksliberalen wieder für etwas Motivation, weiterzumachen. Auf dem letzten Umschlagblatt dieser ersten Ausgabe wurde für einen Kongreß in Norderstedt geworben. Unterstützt von Landesvorstand und Landtagsfraktion der FDP in Schleswig-Holstein sollte er als Nachfolgetreffen der Kölner Konferenz am Samstag vor der Landtagswahl in Hessen die Position der Sozialliberalen in die Medien bringen.

In Hessen erklärten unterdessen mehrere prominente Linksliberale öffentlich, daß sie diesmal nicht FDP wählen könnten. Die Parteiführung reagierte mit Ausschlußverfahren und Amtsenthebungen. An der Parteibasis verstärkte sich der Unmut darüber, wie Lambsdorff jetzt offen den Koalitionsbruch propagierte. Sein von Helmut Schmidt angefordertes Wirtschaftspapier stieß bis weit in die Parteimitte hinein auf Ablehnung. Eine Protestwelle ging durch die Partei. Das Dehlerhaus wurde mit Beschlüssen von Gliederungen förmlich eingedeckt, die dazu aufforderten, nicht länger den Bruch mit der SPD zu betreiben.

Das Ende der Koalition kam schließlich völlig anders als alles, was die Sozialliberalen in ihren Sandkastenspielen für den Fall der Fälle einkalkuliert hatten. Alle Planungen für die Stunde X waren davon ausgegangen, daß Genscher und Lambsdorff die sozialliberale Koalition für beendet erklären und daß in der Partei eine Mehrheit zu organisieren sei, um ihnen die Legitimation für diesen Schritt zu entziehen. Sollte dies scheitern, müßte die Empörung in der Partei für einen erfolgreichen Spaltungsversuch ausreichen. Parallel zum Bundesparteitag war deshalb schon langfristig von den Jungdemokraten und von der Steglitzer Initiative ein Saal in unmittelbarer Nachbarschaft zum Parteitagsgebäude angemietet worden.

Daß sich Schmidt schließlich von Genscher den Zeitpunkt des Endes der sozialliberalen Koalition nicht vorschreiben ließ, war von niemanden unter den Sozialliberalen einkalkuliert worden. Der schwarze Peter lag damit nicht so eindeutig bei Genscher und Lambsdorff, wie sich dies die Linksliberalen gewünscht hatten. Die Tatsache, daß Schmidt die Sozialliberalen in der Koalition nicht in seinen Überraschungscoup eingeweiht hatte, verbitterte Leute wie Baum und von Schoeler.



Kongreß in Norderstedt (v.l. Borm, Schuchardt, Bremer): „Glücklicher Zufall"

Durch den glücklichen Zufall des bereits anberaumten Kongresses in Norderstedt gelang es den Sozialliberalen sehr schnell, in den Medien in die Offensive zu kommen. Bundesweit wurde nun zur Gründung von Liberalen Vereinigungen aufgerufen.

Ein Paralleltreffen zum Sonderparteitag, der von drei Landesverbänden gefordert wird, sollte Konsequenzen ziehen. Doch Genscher zog den Regierungswechsel durch, der Sonderparteitag erübrigte sich. Während an der Basis der Unmut über Genscher wuchs, der sich weigerte, eine Parteitagsentscheidung abzuwarten, erwiesen sich die linksliberalen Führungsfiguren ein weiteres Mal als handlungsunfähig.

Optischen Ausdruck fand dies zum Beispiel darin, daß Genscher persönlich vor den Fernsehkameras mitteilt, Ronneburger sei nun sein Gegenkandidat für das Amt des Parteivorsitzenden. Zuvor hatte zum Beispiel der ehemalige Berliner Justizsenator Gerhard Moritz Meyer sein Bundesvorstandsamt niedergelegt und damit für eine Mehrheit für den Genscher-Kurs im Bundesvorstand gesorgt.

Die Abgeordneten, die gegen eine Wahl Kohls zum Bundeskanzler waren, trafen sich fast täglich zum Frühstück, ohne ein Handlungskonzept zustande zu bringen. Verheugen, Schuchardt, Matthäus-Maier, Hölscher, Baum, von Schoeler, Engel, Gärtner, Hirsch, Bergerowski und Hamm-Brücher gaben zu verstehen, daß sie bei einer Bestätigung des Genscher-Kurses bereit seien, eine neue Partei zu gründen. Alle nannten aber als Voraussetzung, daß die anderen aufgezählten Personen mitmachen müßten. Alle Bemühungen von Theo Schiller und den Jungdemokraten, daß vorab Verheugen, Schuchardt und Matthäus-Maier die Initiative ergreifen müßten, scheiterten.

Einer der wesentlichen Gründe für dieses Scheitern war eine gewisse Doppelzüngigkeit der Sozialdemokraten. Während sie gegenüber William Borm und den Jungdemokraten erklärten, daß es durchaus denkbar wäre, für eine solche Partei drei sichere Direktmandate abzutreten und damit den sicheren Einzug in den Bundestag zu garantieren, unterlief die SPD-Führung diese Lösung, indem sie einer Reihe von FDP-Abgeordneten sichere Listenplätze bei einem Wechsel zur SPD anbot.



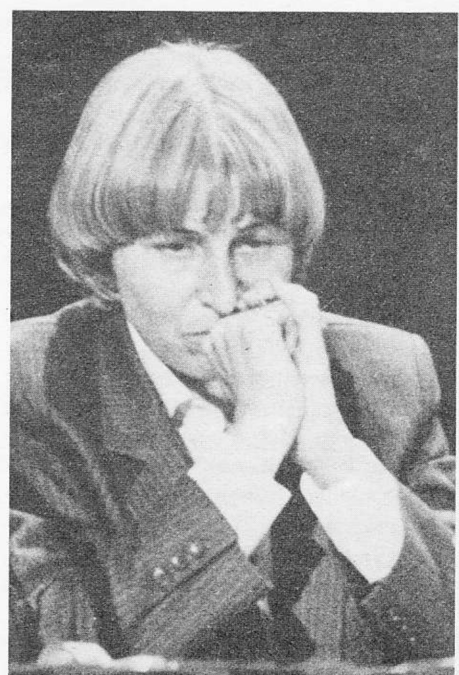
Theo Schiller auf dem Berliner Gegenkongreß: Kein Abgeordneter war zur Parteigründung bereit

Der Sylter Kreis konnte sich zwar zur Vorbereitung des Berliner Parteitages auf eine gemeinsame Meßlatte einigen, was Mindestanforderungen für eine Weiterarbeit in der FDP sein sollte, doch ein Konzept dafür, was bei dem sicher abzusehenden Fall geschehen sollte, daß die Anforderungen dieser Meßlatte nicht erfüllt wurden, gab es nicht.

Der Bundesparteitag bestätigte Genscher in seinem Amt. Lambsdorff zog seine Kandidatur für den Stellvertreterposten zurück und Baum nahm diese Position an, obwohl er nur mit einer Stimme Mehrheit gewählt wurde. Viele Sozialliberale begriffen erst dann, was sie mit ihrer Stimmabgabe *für* Baum angerichtet hatten.

Auf dem Gegenkongreß wurde bereits deutlich, daß kein Abgeordneter bereit war, bei einer Parteigründung mitzuwirken. Ingrid Matthäus warnte ausdrücklich vor dem Schritt einer Parteigründung. Die letzte Chance, die enorme Sympathie für die Sozialliberalen in einer neuen Organisationsform zu kanalisieren, wurde am Montag nach dem FDP-Parteitag vertan. Hanno Jochimsen hatte in Hamburg alle Vorbereitungen getroffen, damit eine sozialliberale Liste zur Bürgerschaftswahl antreten konnte. Helga Schuchardt und Maja Stadler-Euler sollten eine sehr attraktive Liste anführen. Doch Helga Schuchardt lehnte dies ab, weil sie sich dazu kräftemäßig nicht in der Lage sah. Ohne sie gaben sich die anderen Kandidaten keine Chance.

Theo Schiller, der in Berlin zum Sprecher der Liberalen Vereinigung gewählt worden war, zog aus diesen Ergebnissen die Konsequenz, daß eine Parteigründung noch keine Chance habe. In seinem vorbereiteten Redekonzept für die Bochumer Konferenz riet er den Anwesenden von der Gründung einer Partei zu diesem Zeitpunkt ab. Der Sprecherkreis der Liberalen Vereinigung mit Repräsentanten aus allen Landesverbänden schätzte die Stimmung der Anreisenden allerdings so ein, daß sie auf jeden Fall eine Partei gründen wollten.



Helga Schuchardt: „Kräftemäßig nicht in der Lage"

Theo Schiller formulierte seine Rede um und stellte nun die Schwierigkeiten einer Parteigründung dar, ohne ausdrücklich davon abzuraten. Seine Befürchtung, daß man mit jeder anderen Lösung als den Liberalen Vereinigungen einen großen Teil der aus der FDP ausgetretenen Mitglieder nicht erreichen und organisieren würde, sollte sich bewahrheiten.

Ende